

Hassrede in Chinas meistbevölkerter Nation stark gestiegen, laut Bericht

In Indien stieg die Hassrede gegen religiöse Minderheiten im letzten Jahr um 74%. Eine neue Studie beleuchtet die Rolle der Regierungspartei und die wachsenden Spannungen in der Gesellschaft.



In Indien haben religiöse Minderheiten im vergangenen Jahr einen „erstaunlichen“ Anstieg von Hassrede erlebt, einschließlich Äußerungen von führenden Vertretern der regierenden hindunationalistischen Partei des Premierministers Narendra Modi, so ein am Montag veröffentlichter Bericht.

Steigende Zahl von Hassrede-Vorfällen

Die Zahl der Vorfälle von Hassrede, die sich gegen muslimische und christliche Minderheiten richteten, stieg im Jahr 2024 auf 1.165, verglichen mit 668 im Jahr zuvor, was einem Anstieg von

74% entspricht, wie es in einem Bericht der in Washington ansässigen Forschungsgruppe India Hate Lab heißt. Der Großteil dieser Vorfälle, etwa 98%, richtete sich explizit gegen Muslime, entweder allein oder zusammen mit Christen.

Zusammenhang mit der politischen Agenda

„Die Hassrede in Indien im Jahr 2024 folgte einem alarmierenden Verlauf, der eng mit den ideologischen Ambitionen der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) und der breiteren hindunationalistischen Bewegung verwoben ist“, so der Bericht. Modi, der im vergangenen Jahr seine dritte Amtszeit gewann, wurde von Kritikern lange Zeit beschuldigt, religiöse Spannungen zu schüren und Gewalt gegen Muslime und andere Minderheiten seit seinem Amtsantritt vor mehr als einem Jahrzehnt anzustiften.

Politik und die Wahrnehmung der religiösen Zugehörigkeit

Seine hindunationalistische Partei strebt danach, Indien – ein Land, das verfassungsmäßig an Säkularismus gebunden ist – in ein Hindu Rashtra, also eine Heimat für die Hindu-Mehrheit, zu verwandeln, so die Kritiker, auf Kosten der Millionen, die Minderheitsglauben haben. Modi und seine Partei haben wiederholt erklärt, dass sie Minderheitengruppen nicht diskriminieren.

Kritik am Bericht und an Hassreden

Der nationale Sprecher der BJP, Jaiveer Shergill, wies den Bericht am Montag zurück und sagte, er sei veröffentlicht worden, um das Image Indiens zu schädigen. „Indien als Nation hat ein sehr starkes Rechtssystem, das darauf ausgerichtet ist, Frieden, Ordnung und Gewaltlosigkeit um jeden Preis zu gewährleisten“, sagte Shergill gegenüber CNN. „Das heutige Indien benötigt keine Zertifizierung von irgendeiner ‚Anti-Indien-

Berichtsindustrie', die von Eigeninteressen betrieben wird, um das Image Indiens zu schädigen.“

Traditionen und Stereotypen

Laut dem Bericht verstärkte die Hassrede im vergangenen Jahr „langanhaltende hindunationalistische Stereotype“, wie die Darstellung von Muslimen und Christen als „Fremde“, „Ausländer“ und „Invasoren“, die keinen legitimen Anspruch auf Zugehörigkeit in Indien haben. Der Bericht fand heraus, dass die BJP etwa 30% der Hassrede-Ereignisse des vergangenen Jahres organisierte, was einen fast sechsmaligen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Parteiführer der BJP hielten 452 Hassreden, was einem Anstieg von 350% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Mehrheit der Vorfälle wurde während des Wahlkampfs aufgezeichnet.

Religiöse Demographie und politische Auswirkungen

Muslime machen etwa 200 Millionen der 1,4 Milliarden Einwohner Indiens aus, während die christliche Bevölkerung etwa 27 Millionen beträgt. Unter Modis Führung wurden hindunationalistische Vertreter in führende Positionen in wichtigen Regierungsinstitutionen berufen, was ihnen die Macht gibt, weitreichende Änderungen an Gesetzen vorzunehmen, die von Menschenrechtsorganisationen als ungerecht empfunden werden und sich insbesondere gegen Muslime richten. Lehrbücher wurden umgeschrieben, um die Geschichte der ehemaligen islamischen Herrscher Indiens zu verharmlosen, und Städte sowie Straßen mit Mughal-Namen umbenannt. Muslimische Eigentümer wurden durch die Behörden vertrieben, angeblich wegen „illegaler Landnahme“ und als Strafe für vermeintliche Unruhen.

Rechtliche Rahmenbedingungen und Herausforderungen

Im Jahr 2019 hob Modi die Sonderautonomie von Jammu und Kaschmir – dem einzigen muslimisch geprägten Bundesstaat Indiens – auf und brachte sie unter die direkte Kontrolle Neu-Delhis. Im selben Jahr verabschiedete seine Regierung ein umstrittenes Bürgergesetz, das muslimische Migranten ausschloss, was tödliche Unruhen auslöste. Indien untersagt Hassrede unter verschiedenen Bestimmungen des Strafgesetzbuches, darunter eine, die „bewusste und böswillige Handlungen“ kriminalisiert, die darauf abzielen, religiöse Überzeugungen zu beleidigen.

Fehlende Durchsetzung des Gesetzes

Einige Experten behaupten jedoch, dass Hassrede in Indien zugenommen hat, weil die Justiz zögert, Hassdelikte anzuerkennen. Anas Tanwir, ein Anwalt und Gründer der India Civil Liberties Union, sagte, dass die Justiz versagt habe, konkrete Maßnahmen gegen Hassrede zu ergreifen, „trotz klarer Verbote unter verschiedenen Gesetzen in Indien.“ Das India Hate Lab, ein Projekt des in Washington, DC ansässigen Think Tanks Center for the Study of Organized Hate (CSOH), veröffentlicht jährliche Daten zur Hassrede in der größten Demokratie der Welt. Sie definieren Hassrede gemäß dem Rahmen der Vereinten Nationen, der jede Art von Kommunikation in Sprache, Schrift oder Verhalten betrachtet, die angreift oder abwertende oder diskriminierende Sprache auf Grundlage des Glaubens einer Person verwendet.

In diesem Bericht trugen die CNN-Journalistin Rhea Mogul und weitere Medienmitarbeiter zur Berichterstattung bei.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at